

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Subskriptionspreise für Anzeigen aus Fern- und Ausland sind getrennt zu berechnen. — Einzelne Anzeigen: 10 bis 150 Pfennige, 2 bis 3 Pfennige, 1 bis 5 Pfennige, 5 bis 10 Pfennige, 10 bis 20 Pfennige, 20 bis 30 Pfennige, 30 bis 40 Pfennige, 40 bis 50 Pfennige, 50 bis 60 Pfennige, 60 bis 70 Pfennige, 70 bis 80 Pfennige, 80 bis 90 Pfennige, 90 bis 100 Pfennige.

Verkaufsstellen: Die Anzeigenpreise sind getrennt zu berechnen. — Einzelne Anzeigen: 10 bis 150 Pfennige, 2 bis 3 Pfennige, 1 bis 5 Pfennige, 5 bis 10 Pfennige, 10 bis 20 Pfennige, 20 bis 30 Pfennige, 30 bis 40 Pfennige, 40 bis 50 Pfennige, 50 bis 60 Pfennige, 60 bis 70 Pfennige, 70 bis 80 Pfennige, 80 bis 90 Pfennige, 90 bis 100 Pfennige.

Telegraphische Anzeigen: Eingekauft für den Anzeiger. Entgeltlich die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 289

Donnerstag, den 13. Dezember 1923

18. Jahrgang

Die Finanznot des Reiches.

Hilfe des Auslandes nötig.
Der Pressebericht der Zentrumspartei schreibt über den Ernst der Finanzlage: Das Abstoppen der Rentenpresse hat die Reichsfinanz in eine geradezu furchtbare Lage gebracht. Der Rentenmarktkredit in Höhe von 1200 Millionen geht allmählich zur Neige, Anhebungen darüber, daß die Reichsregierung beabsichtigt, eine Vermehrung dieses Kredits zu fordern, hat den schärfsten Einspruch aus Kreisen der Rentenbank erfahren. Andererseits hat aber auch der Reichsfinanzminister selbst erklärt, daß die Reichsregierung nicht beabsichtigt, die bisherigen Kreditgrundlagen der Rentenbank anzutasten. Über alle noch so scharfen ja brutalen Steuern können aus dem gegenwärtigen Finanzelend nicht herausgeholfen werden.

Es bleibt dem Reich tatsächlich nichts anderes übrig als sich um Hilfe von außen zu bemühen. Die Reichsregierung wird sich deshalb klar darüber sein müssen, in welcher Form sie offiziell die Hilfe des Auslandes anruft. Nach den Erfahrungen, die bisher mit solchen Anträgen bei der Reparationskommission oder bei der Völkervereinigung gemacht worden sind, besteht nicht viel Hoffnung, diesen Weg erneut zu beschreiten. So ist es natürlich, daß eine starke Strömung für einen Appell an den Völkerbund sich geltend macht, eine Strömung also, die für Deutschland den gleichen Weg empfiehlt, den Österreich gegangen ist. Dabei muß man sich bewußt sein, daß äußere Hilfe ohne eine sehr erhebliche Einschränkung unserer Souveränität gerade auf finanziellem Gebiet nicht erhältlich ist.

Die Beamtenegehälter im Fünffacherauschuß.

Der Fünffacherauschuß des Reichstags beschäftigte sich mit der Verordnung über die Goldgehälter der Beamten. Seitens der Reichsregierung wurde darauf hingewiesen, daß es sich nicht vermeiden lasse, die Beamtenschaft an dem schweren finanziellen und wirtschaftlichen Druck zu beteiligen, der in Deutschland auf der Allgemeinheit lastet. Es sei jedoch zu hoffen, daß die jetzt normierten Goldgehälter nur eine Übergangsmassnahme bedeuten. Insbesondere wurde betont, daß, sobald es die Verhältnisse irgendwo gestatten, der Ortszuschlag der Neuregelung der Mietsteuer entsprechend angepaßt werden soll. Nach beendeter Debatte nahm der Ausschuß einen Antrag an, in dem die Reichsregierung erlucht wird, die Grundgehälter der Beamten sowie die Sozialzulagen auf eine Höhe zu bringen, die den Lebensnotwendigkeiten mehr gerecht wird, sobald der Reichstag die dazu erforderlichen Mittel bewilligt hat. Ferner wurde der Reichsregierung empfohlen, die Schäden, die durch verzögerte Auszahlung der Gehälter erwachsen, auszugleichen, was bis jetzt abgelehnt worden war. In neuen

Steuervorlagen

sollen die Mittel aufgebracht werden, deren die Regierung nach Verbrauch der Rentenmarktkredite bedarf. So soll eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf $2\frac{1}{2}$ % beabsichtigt sein. Das Reichsjustizministerium hat ferner einen Plan zur Aufwertung der Hypotheken auf neuer rechtlicher Grundlage ausgearbeitet. Danach soll durch freiwillige Schiedsgerichtsbarkeit jeder einzelne Fall einer Kündigung oder Auszahlung von vor dem Relege ausgenommener Hypotheken nachgeprüft werden und eventuell den Hypothekenschuldnern oder -gläubigern ein Ersatz für entstandenen Verlust zugesichert werden. Diese, also nicht dem vollen Umfang des Schadens, sondern nur einem Teile des Schadens gerechtwerdende Aufwertung der Hypotheken würde aber wieder zum größeren Teile zugunsten des Reiches erfolgen, so daß dem Reich ziemlich beträchtliche Einnahmen zufließen könnten.

Regelung der Beamtensarbeitszeit durch die Regierung

Wie die „A. N. N.“ schreiben, wird das Reichskabinett in den nächsten Tagen die Arbeitszeit der Beamten ohne weitere Anhörung der Organisations durch Beschluß festsetzen. Die Regierung vertritt den Standpunkt, daß die unter sehr erträglichen Bedingungen arbeitenden Beamten eine längere Arbeitszeit auf sich nehmen müssen, als die Bergarbeiter, die jetzt unter Tage acht Stunden, aber Tage sogar 10 Stunden tätig sind. (Man sieht, welche moderne Einschätzung der körperlichen Arbeit sich hier auswirkt!) Aus verschiedenen Anordnungen glaubt die Regierung entnehmen zu müssen, daß die Beamtenschaft sich mit Streikabsichten trägt. Die Regierung gibt zu verstehen, daß in solchem Falle sofort der 25 prozentige Beamtensabbau durchgeführt werden wird und daß man das Hauptaugenmerk dann auf solche Beamten richten werde, die durch Resistenz gegen die neue Arbeitszeitregelung zu opponieren versuchen sollten.

Die „Streikabsichten“, von denen die Regierung hier spricht, beziehen sich wohl auf einen Aufbruch der westdeutschen Beamtensverbände, der dazu auffordert, sich zum Abwehrkampf durch einen eventuellen Beamtensabbau bereit zu halten. Eine Konferenz der deutschen Beamtensverbände soll nächste Woche in Berlin stattfinden, wo man eine letzte Aktion der Beamtenschaft bezwecken will.

v. Malitzahn fordert ein Disziplinarverfahren.

Wegen der scharfen Note, die der Minister dem Staatssekretär v. Malitzahn auf seine Darlegungen erteilt hat, hat der letztere ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt.

Der Handelsvertrag mit Amerika.

Weidenseitige Meistbegünstigung auf 10 Jahre.

W. L. B. meldet: Ueber die Grundlinien des am 8. Dezember dieses Jahres in Washington unterzeichneten Handelsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland erfahren wir folgendes:

Die Grundlage des Vertrages bildet die Gewährung der beiderseitigen Meistbegünstigung. Der Vertrag geht aber das rein wirtschaftliche Gebiet weit hinaus und greift auch auf rechtliche, kulturelle und andere Fragen über. In dem Vertrag finden u. a. folgende Punkte ihre Regelung: Einreise und Niederlassung, Erwerb und Übertragung von beweglichem und unbeweglichem Eigentum, Ausübung des Handels- und Gewerbebetriebes, Zulassung und Gründung von Gesellschaften, Beteiligung an ihnen und ihre Besteuerung, die Aus-, Ein- und Durchfuhr, die Frage der Handelsreisenden des Mutterverkehrs und so weiter.

Einen integrierenden Bestandteil des Vertrages bildet ein eingehendes Konsulabkommen. Die Geltungsdauer beträgt zehn Jahre vom Tage der Ratifikation ab. Nach Ablauf dieser Zeit gilt eine einjährige Kündigungsfrist.

Amerika im Reparationsauschuß.

Das W. L. B. meldet aus Paris: Der amerikanische Vertreter in der Reparationskommission hat dem Generalsekretariat mitgeteilt, daß seine Regierung der Teilnahme amerikanischer Sachverständiger an den Ausschüssen der Reparationskommission zustimme.

Coolidge gab Vertretern der Presse gegenüber folgende Erklärungen an:

1. Deutschland und England hätten die Vereinigten Staaten gebeten, sich an der Untersuchung zu beteiligen.
 2. Die Vereinigten Staaten seien in erheblichem Umfang Gläubiger der Alliierten und Deutschlands.
 3. Die Vereinigten Staaten hätten den Wunsch, am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuwirken.
- Aus diesen Gründen habe Coolidge Einladungen an nichtamtliche amerikanische Finanzsachverständige angenommen, da die Untersuchung von großem Werte sein würde.

Hoover über Deutschlands Not.

Lauf dem „Rotterdamischen Courant“ meldet „Sun“: Hoover sagte in einer Wohltätigkeitsveranstaltung in Philadelphia, er rechne mit einer mindestens zweijährigen Hilfe für Deutschland. Für das Jahr 1924 würde ein Drittel aller Einwohner Deutschlands aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden müssen. Die amerikanische Hilfe werde auch das besetzte deutsche Gebiet einschließen.

Französisch-englischer Zwist um die Bahn im Kölner Bezirk.

Verkehrsstillstand.

Der Kölner Berichterstatter der Daily News meldet, ein ernster Meinungsunterschied sei zwischen den britischen Behörden und der französisch-belgischen Regie mit Bezug auf die Eisenbahnen im Kölner Gebiet entstanden.

Die britische Ansicht sei, daß die Eisenbahnen im Kölner Gebiet unter deutscher Kontrolle bleiben müßten, daß jedoch der Regie gestattet werden sollte, Züge durch diese Zone laufen zu lassen, indem besondere Vorkehrungen getroffen würden, um den französischen und deutschen Güter- und Personenverkehr an den Grenzen des britischen Bezirks zu regeln. Der Plan, der diese Konzession einschließt, sei der französischen Regieverwaltung unterbreitet worden, und in Köln habe eine Konferenz stattfinden sollen, auf der die gesamte Frage zwischen den britischen und französischen Eisenbahnsachverständigen erörtert werden sollte. Diese Konferenz habe jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben werden müssen, da die Regie es abgelehnt habe, den britischen Vorschlag anzunehmen.

Aus ausgezeichneter Quelle verlautet, die Franzosen hätten die Forderung gestellt, daß die Eisenbahnen im britischen Gebiet den Regiebehörden ausgeliefert werden; diese würden dann die deutsche Verwaltung überwachen, die jetzt das Kölner Gebiet unter britischer Überwachung kontrollieren. Nur 75 Prozent der Beamten im besetzten Gebiet würden nach dem französischen Vorschlag behalten, und von der Regie bezahlt werden. Die französischen Forderungen seien vollkommen unannehmbar, und es sei ein vollständiger Stillstand im Verkehr des von England besetzten Gebietes mit dem übrigen Teil des besetzten Gebietes eingetreten, der den Bewohnern der britischen Zone ernste Ungelegenheiten bereite.

Aufnahme des direkten Zugverkehrs Frankfurt—Paris.

Nachdem die Verhandlungen der deutschen Eisenbahnbehörde mit Vertretern der Regie zum Abschluß gekommen waren, fuhr am Dienstag Nachmittag das erste direkte D-Zug-

paar auf der Strecke Frankfurt—Paris. Um 2.18 Uhr nachmittags erfolgte die Abfahrt des Zuges Frankfurt—Paris; um 4.20 Uhr traf der Gegenzug aus Paris in Frankfurt ein.

Separatistenschwindel nach dem Muster der gefälschten Saaradresse.

Die Separatisten versuchen in der letzten Zeit, von den Landbürgermeistern Loyaltätsklärungen für die neue Separatistenregierung zu erzwingen, teilweise mit vorgehaltener Pistole und unter Androhung von Freiheitsberaubung. So wurden im Bezirk von Vergabern und Lubwigshafen die Landbürgermeister vorgezogen und ihnen unter schärfsten Drohungen Loyaltätsklärungen erpreßt.

Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Erklärungen an die Rheinlandskommission nach Koblenz weitergeleitet werden. Von Paris würde das Ergebnis nach England gemeldet werden, und bei den Engländern und in allen Ländern Propaganda gemacht werden, als ob die Bevölkerung hinter den Separatisten stünde.

Das bedeutet eine Neuauflage des Saarschwindsels zur Vergewaltigung der Pfalz. Die französische Politik will sich für ihre zukünftige Arbeit in der Pfalz jetzt schon die moralischen Argumente sichern.

Die Ausweisungen gehen bereits in die Duzende. Die Separatisten haben auch ein Standgericht in Speyer eingesetzt und sich dort die Justizhoheit angemaßt, die sie unter den Augen der Franzosen ausüben. Diese Standgerichte haben sogar schon eine Todesstrafe ausgesprochen, allerdings wurde der Verurteilte dann zu einer Gefängnisstrafe und zu höherer Geldstrafe begnadigt. Den Separatisten kommt es eben hauptsächlich darauf an, Geld zu erpressen. Die Mitwirkung der französischen Delegierten bei diesen Loyaltätszerpressungen ist offenkundig.

Prozeß gegen die Düsseldorf Schupo.

Nach den französischen Blättern wird am 17. Dezember vor dem französischen Kriegsgericht in Düsseldorf der Prozeß gegen die Schupo beginnen, die am 30. September anlässlich der Zusammenstöße zwischen Separatisten und Schupo von den Franzosen verhaftet worden sind.

Neue Gewaltakte der Separatisten.

Im Angerheim ist es am letzten Freitag zu einem Zusammenstoß mit den Separatisten gekommen. Als Einwohner die separatistischen Fahnen vom Rathaus herunterholten, entstand eine Schlägerei und Schieberei, in deren Verlauf einige Teilnehmer verwundet wurden. Genauere Einzelheiten fehlen noch.

Serbien im Dienste Frankreichs.

Der Besuch des serbischen Königs in Paris findet in Londoner Blättern ganz besondere Beachtung. Es wird vielfach angenommen, daß es sich dabei keineswegs nur um die Sicherung dynastischer Interessen der verschiedenen Balkanstaaten handelt.

Nach den Informationen des „Daily Telegraph“ ist die Ursache der Reise in weitgehenden politischen und wirtschaftlichen Fragen zu suchen. Zunächst handelt es sich für Frankreich darum, in Serbien einen Ersatz dafür zu finden, daß Präsident Masaryk während seines Pariser Aufenthaltes eine Militärkonvention nach dem Muster der französisch-polnischen abgeschlossen hat. Sodann müsse das neue Mittelmeerabkommen zwischen Italien und Spanien sich in dem Verhältnis zwischen Frankreich und Serbien bemerkbar machen und könne wahrscheinlich zu einem serbisch-griechischen Bündnis führen. Denn wenn das Adriameer in Zukunft jeden Augenblick geschlossen werden könne, müsse es sowohl für Frankreich wie für Serbien von größter Bedeutung sein, den Zugang nach Saloniki sicherzustellen. Vor allem aber komme für Frankreich in Betracht, daß es sich der serbischen Vermittlung bedienen wolle, um sein Verhältnis mit Rußland klarzustellen. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß die serbische Regierung sich entschlossen hat, ihren Athener Gesandten nach Berlin zu entsenden, um mit der dortigen Sowjetvertretung über eine möglichst rasche Wiederaufnahme der Beziehungen zu verhandeln. In Paris wird gegenwärtig die Frage geprüft, ob und in welchem Umfang Serbien sowohl in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung als Vertreter der französischen Interessen gegenüber Moskau verwendet werden könne. Von besonderem Interesse sei es, daß diese serbisch-russischen Verhandlungen gerade in Berlin stattfinden. Der serbische Vertreter werde auf diese Weise in die Lage versetzt, sowohl nach Belgrad wie nach Paris über den Abschluß neuer russischer Industriemittelvereinbarungen zu berichten.

Kleine politische Meldungen.

Verbot des Erwerblosen-Reichstages. General v. Seede hat die Abhaltung des Reichstages der Erwerblosen und Kurzarbeiter, der am 10. Dezember in der neuen Welt in der Dönselstraße zusammenzutreten sollte, verboten. Der

Grund dazu ist die Verteilung von Flugblättern des vorzubereitenden Komitees, in denen zum bewaffneten Aufstand und zur Ausschaltung der Diktatur des Proletariats aufgerufen wurde.

Sozialdemokraten in der Opposition. Nach der antimilitarischen Abstimmung über die parlamentarische Verantwortung haben 20 sozialdemokratische Abgeordnete, die der Opposition angehören und im Reichstag, wie aus sämtlichen anderen Abstimmungen hervorgeht, anwesend waren, sich der Abstimmung enthalten. Es befanden sich auch darunter die Abgeordneten Crispin und Alpinist.

Der Zerfall des Sozialismus. Nach Mitteilungen der kommunistischen Betriebsrätezentrale sind in 132 namentlich aufgeführten Berliner Metall- und Maschinenfabriken die gesamte Arbeiterschaft wegen der letzten parlamentarischen Haltung der Reichstagsfraktion mit der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten.

Sowjetrußland weist Deutsche aus. Ueber Neval wird gemeldet, die Sowjetbehörden beantworten laut „Revolver Vote“ das Verbot aller kommunistischen Betätigungen in Deutschland mit Ausweisungen der deutschen Staatsangehörigen aus Rußland. Die Ausgewiesenen dürfen fast nichts mitnehmen. Da möchte man wohl einmal die Frage aufwerfen, wieviele Sowjetrußen sich noch in Deutschland befinden — bis seit Jahr und Tag eine verberbliche Arbeit gegen das Bestehen des Reiches ausüben.

Der Streik in Wien. In der letzten Sitzung des Nationalrates ergrieff Bundeskanzler Seipel das Wort zur Befolgungsnovelle, deren sofortige Beratung durch das Parlament er erbittet. Dr. Seipel erklärte, die Regierung sei bereit, Abänderungen zuzugestehen, jedoch ohne Wesentliches preisgeben zu können. Der Bundeskanzler tabelte den Streik eines Teiles der Bundesangestellten als Versuch, einen Druck auf die Gesetzgebung auszuüben. Die Regierung, die sich redlich bemüht habe, zu einem Übereinkommen zu gelangen, habe bereits verschiedene Zugeständnisse gemacht, doch sei ihr durch das Sanierungswerk eine Grenze gezogen. Privatdenkschriften aus Wien zufolge befürchtet man den Ausbruch eines Eisenbahnstreiks. Die Radiostationen haben sich bereits dem Streik angeschlossen. Auch die Chauffeure offizieller Persönlichkeiten sind in den Ausstand getreten. So können z. B. der Bundeskanzler Dr. Seipel und der Vizekanzler Dr. Zimmermann ihre Automobile nicht mehr benutzen. Zwischen Wien und Budapest wird ein reger Lastverkehr aufrechterhalten.

Massenkundgebungen der Pariser Polizei. Vorpostern haben 3000 Pariser Polizeibeamte, die zu diesem Zwecke Mobilisierung anlegten, eine Massenkundgebung veranstaltet. Die Demonstranten verlangten stürmisch eine Gehaltszulage. Der Vertreter des Polizeipräsidenten versuchte, auf die Beamten begütigend einzureden, ohne jedoch damit Erfolg zu haben. Darauf entschloß sich der Polizeipräsident gegen die Manifestanten die uniformierte Polizei vorgehen zu lassen. Die Beamten der uniformierten Polizei zeigten jedoch keinen Eifer, ihre Kameraden auseinanderzutreiben, so daß man zur republikanischen Garde keine Zuflucht nehmen mußte. Dieser gelang es, den Platz zu säubern, wobei es zu einem lebhaften Handgemenge kam, in dessen Verlauf zwei höhere Polizeibeamte und ein Offizier der Garde nicht unerheblich verletzt wurden. Einer der Manifestanten wurde festgenommen. Die Polizeibeamten, die sich an der Kundgebung beteiligten, sind vom Polizeipräsidenten ihres Amtes enthoben worden.

Frauenstimmrecht in der französischen Kammer. Die französische Kammer hat die Diskussion über das Frauenstimmrecht begonnen. Es liegt ein Antrag eines radikalen Abgeordneten vor, der den Frauen vom 25. Lebensjahre an das Wahlrecht und die Wählbarkeit zuerkennt. Ein anderer Abgeordneter brachte einen Gesetzentwurf ein, in dem verlangt wird, daß Männer und Frauen vom 21. Lebensjahre an für sich und der Haushaltungsverordnung für seine minderjährigen Kinder je eine Wahlstimmte erhalten sollen, und seinen Antrag mit der langsamen Steigerung der Bevölkerungsstärke in Frankreich und damit, daß der von ihm vorgeschlagene Entwurf den 400 000 Kriegswitwen Gerechtigkeitsmaßnahmen lassen wolle. Der Minister des Innern erklärte im Laufe der Debatte, das Kabinett werde Maßnahmen ergreifen, um der Entvölkerung vorzubeugen und vor der Kammer die Verdrückung der kinderreichen Familien durch das Wahlstimmrecht unterstützen.

Das merkwürdigste Jahr meines Lebens.

Von August von Koberg. (78. Fortsetzung.)

Der gerechte Monarch geriet in den heftigsten Zorn über die Chevaliers und drohte, ein fürchterliches Exempel zu statuieren. Was blieb nun anders übrig, als zu leugnen? „Wir können ja nichts dafür“, sagten sie. „Wenn man uns Geld anbietet, aber angenommen haben wir nichts.“ Sie baten um efflatante Bützung des Verleumderes. Der unglückliche Piemontese wird von dem allzeit fertigen Generalprokurator arretriert. Es findet sich nun noch obendrein, daß er, der von so her als ein eifriger Republikanist bekannt war, plötzlich ein wütender Jakobiner geworden sein soll. Man knetet ihn, man schlägt ihm die Nasenlöcher auf und schickt ihn nach Paris in die Bergwerke. Diese Nachrichten stammen von einer unbefehlsten, wahrheitliebenden Person, welche sie aus der ersten Quelle hat. Uebrigens war ganz Petersburg Kunde der empfindenden Greuelthat, wo man abermals die strenge Gerechtigkeit liebes des Monarchen ja ungeheuer mißbrauchte. Ich kann in einzelnen Neben Umständen trennen, allein die Hauptfache ist gewiß. Wie Herr Chevalier, nach einer solchen Begebenheit, noch eine Stunde ruhigen Schlaf finden konnte, mag er selbst erklären.

Der August, welchen er in seinem Hause austramte, war empfindend. Seine Zimmer waren zum Teil nicht schlechter möbliert, als die im Michailowischen Palaste. Ein solennarbedes Kabinett, einzigum mit seinem gelbemt Musteltr drappiert, schien von der Wohlust zum Tempel ertoren. Die Familie zog ein sehr hohes Gehalt ungeführt dreizehntausend Taler (den Bruder der Madame Chevalier, den sogenannten Monsieur Auguste, einen höchst mittelmaßigen Tänzer, mit einge-

Militärische Willkürerfolge in Spanien. Eine revolutionäre Aufstandsbewegung wurde durch energische Maßnahmen der Regierung, die an allen strategischen Punkten der Stadt Kretaria aufbrachen ließ, im Keime erstickt. Präsident Gomez suchte während der Nacht die Kaiserin und das Schiffsarsenal auf, um sich davon zu überzeugen, daß überall die Ordnung aufrechterhalten war. Die Rebellten haben sich ohne Blutvergießen ergeben. Der Aufstand hat folgenden Verlauf genommen: Am Montagabend gab der Herrscher „Douro“ verabredete Signalküsse ab, in der Hoffnung, daß die Aufständischen auf dem Lande gegen die Regierung vorgehen würden. In der Tat versuchten verschiedene Truppen und Jägerscharen das Präsidialgebäude zu überrompeln, doch wurden sie von den Schiffschwachen unter Verlusten zurückgeschlagen. Die Regierung richtete hierauf an das Kriegsschiff die dringlichste Aufforderung, sich bis um 6 Uhr zu ergeben, andernfalls die Regimentsartillerie mit dem Feuer beginnen werde. Die Mannschaft ergab sich und wurde nach einem Fort gebracht.

Von Stadt und Land.

Aus, 18. Dezember.

Verbot militärischer Verbände.

Keine Wahlvorschlüge verbotener Parteien.

Der Militärbefehlshaber erläßt folgende Verordnungen:

I. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. November 1923 und des Reichswehrministers vom 27. September 1923, wonach mir die vollziehende Gewalt übertragen ist, verordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

Außer den in den Verordnungen des Chefs der Heeresleitung vom 20. November 1923 bereits betroffenen Parteien verbiete ich die Organisationen und Einrichtungen der folgenden Verbände:

- a) der Allgemeinen Arbeiter-Union (einschließlich kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands);
- b) der Syndikalistischen Arbeiterbewegung;
- c) des Bundes internationaler Kriegsdopfer.

Die Bestimmungen der Verordnungen des Chefs der Heeresleitung vom 20. November 1923, die von mir am 23. November bekanntgegeben worden sind, finden entsprechende Anwendung.

Dresden, den 11. Dezember 1923.

Der Militärbefehlshaber: Müller, Generalleutnant.

II. Durch die Verordnungen des Chefs der Heeresleitung vom 20. November 1923 — die ich am 23. November 1923 bekanntgegeben habe — und durch meine Verordnung vom 11. Dezember sind die Organisationen und Einrichtungen:

- der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei,
- der Deutschnationalen Freiheitspartei,
- der Kommunistischen Partei Deutschlands,
- der Allgemeinen Arbeiter-Union (einschließlich kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands),
- der Syndikalistischen Arbeiterbewegung,
- des Bundes internationaler Kriegsdopfer

verboten.

Mit Rücksicht hierauf ist auch die Aufstellung von Wahlvorschlügen dieser Parteien für die sächsischen Gemeindevorstände unterbott. Bereits eingereichte Wahlvorschlüge sind für die Wahlorgane unbedeutlich. Sie sind zurückzugeben. Neue dürfen nicht entgegengenommen werden.

Dresden, 12. Dezember 1923.

Der Militärbefehlshaber: Müller, Generalleutnant.

Erfassung gegen die „Dresdner Volkszeitung“. Die sozialistische „Dresdner Volkszeitung“ schreibt: „Wegen eines Artikels, der am 1. November in unserer Zeitung unter der Überschrift: „Das Verbrechen am sächsischen Volke“ erschienen ist und in dem auf Bezug auf die Durchführung der Exekutive von einer verbrecherischen Willkürherrschaft in Dresden gesprochen wird, will die Staatsanwaltschaft auf Antrag des Generalen Müller gegen den verantwortlichen Redakteur Gerstenberg, Klage erheben. Die Staatsanwaltschaft hat den Landtag um Aufhebung der Immunität ersucht, einem Ersuchen, dem der Rechtsausschuss mit einer Mehrheit von 9 gegen 8 Stimmen zugestimmt hat. Die endgültige Entscheidung hat das Plenum des Landtages.“

Zur Aufführung. Das Wehrfreikommando 4 teilt mit, daß Niederländische Note Kreuz benachrichtigt, in nächster Zeit einen oder mehrere Jagd- und Beobachtungsflugzeuge in Uniform, ohne Waffen, nach Frankreich zu versenden, um dort zur Bewachung der Transportes unter allen Umständen verbleiben wird. Es wird weiter geboten, diesen Herren zur Durchführung ihrer dankenswerten Aufgabe jede mögliche Unterstützung zu gewähren.

Ablehnung eines Antrages der sächsischen Regierung. Der sächsische Landtag hatte im Sommer die Reichsregierung um eine Erweiterung des Betriebsrätegesetzes ersucht, nach welcher die Arbeitgeber verpflichtet werden sollten, den Betriebsräten bei der Kontrolle über die Ausführung des Statutvertrages an die Finanzämter keine Hindernisse in den Weg zu legen. Die Reichsregierung hat jetzt geantwortet, daß die Überwachung der Ausführung der Statutverträge einseitig und allein Sache der Finanzminister sei. Der Reichsfinanzminister hat dann noch folgendes hinzugefügt: Die Betriebsvereinigungen haben nach dem Betriebsrätegesetz ihre Aufgabe in Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber zu erfüllen. Es stehen ihnen dagegen keine Kontrollrechte gegenüber dem Arbeitgeber zu, wie es der Antrag vorsieht. Der Antrag widerspricht daher in grundsätzlichen Punkten dem geltenden Betriebsrätegesetz.

Unsere sächsische Regierung. Der Vorwärts vom 12. Dezember gibt unter dem Titel „Reichswehr und völkische Hundertschaft“ Auszüge aus einem Bericht der sächsischen Regierung wider. Hierzu bemerkt das offizielle Volksblatt: Auf die Verhöhnung der Reichswehr sind in der Besprechung in Dresden am 30. Mai vom Reichswehrminister Dr. Gessler und Generalleutnant Müller die sächsischen Minister Reisinger und Liebmann hingewiesen worden. Diese haben auf das entschiedenste bestritten, irgend etwas in dieser Sache angeordnet zu haben oder überhaupt von ihr zu wissen. Durch die neuerdings erfolgten Veröffentlichungen sind diese Behauptungen des Ministers Liebmann als un wahr erwiesen worden. Die sächsische Regierung hat Nachrichten über Sturmabteilungen der Nationalsozialisten in Zwickau an die Presse gegeben, ohne sie vorher den militärischen Stellen mitzuteilen. Sowohl beim Reichswehrministerium als beim Wehrfreikommando 4 ist diese Angelegenheit völlig unbekannt. Es ist unvernünftig eine Untersuchung eingeleitet worden, um festzustellen, ob tatsächlich irgendwelche Zusammenhänge dieser Verbände mit militärischen Stellen bestanden haben. Das Ergebnis dieser Untersuchung wird noch bekannt gegeben werden. Von den übrigen Angaben des Berichtes der sächsischen Regierung ist festzustellen, daß sie un wahr sind. Wer sie nach dieser Erklärung weiterhin öffentlich verbreiten würde, würde gegen die Verordnung des Reichswehrministers verstoßen, nach der die öffentliche Herabwürdigung der Reichswehr durch Verbreitung unwahrer Tatsachen verboten und unter Strafe auch des Verbots der betreffenden Zeitung gestellt ist.

Aufhebung der Reichshauptmannschaften Dresden und Bautzen? Von der Regierung wird die Vereinfachung der Reichshauptmannschaften Dresden und Bautzen erwogen. Ein feiner Plan liegt aber zurzeit noch nicht vor. Kaiser Müller äußert sich hierzu wie folgt: Eine derartige Maßnahme würde zweifellos in der ganzen Oberlausitz nur mit äußerstem Bedauern aufgenommen werden. Die wirtschaftliche Struktur der Lausitz hat ein so eigenes Gepräge, daß gerade sie in ganz besonderer Weise die Erfordernisse eines selbständigen Regierungsbezirk erfüllt. Dazu kommt, daß die Verkehrsverhältnisse nach Dresden von der Lausitz aus so mangelhaft sind, daß das Aufsuchen des Sitzes des Regierungsbezirk für die Bevölkerung der Lausitz mit den größten Beschwerden verbunden sein würde. Hoffentlich werden sich vor einer Entscheidung in dieser Sache die zuständigen Stellen die Angelegenheit nochmals rechtlich überlegen, so daß das Projekt gar nicht erst über den Stand der Erörterungen hinauskommt.

Verlängerte Ankunftszeit des wertbeständigen Notgeldes. Die Reichsregierung hat durch eine Verordnung den Termin für den Aufzug des wertbeständigen Notgeldes, der ursprünglich für den 15. Dezember d. J. vorgegeben war, hinausgeschoben und die Bestimmung des Aufzugsstermins dem Reichsfinanzminister übertragen. Die Einführung der Notgeldscheine kann erst nach dem vom Reichsfinanzminister bestimmten Aufzugsstermin verlangt werden. Dies gilt auch dann, wenn auf den Notgeldscheinen ein früherer Einlösungstermin angegeben ist.

ebenso wenig die allen Glauben übersteigenden Summen, welche Herr Chevalier von Zeit zu Zeit aus dem Lande zu schaffen wußte. Der Bankier A., der seine Geschäfte besorgte, wußte darüber Auskunft geben können, und wirklich erwartete ganz Petersburg, daß man ihn dazu anhalten würde, die Madame Chevalier Erlaubnis zur Rückreise erteilte; denn da in Rußland ein immer beobachtetes Gesetz gilt, daß jeder, der das Reich verläßt und sein Vermögen, es sei so gering es wolle, mitnimmt, den zehnten Teil desselben als Abgangssteuer erlegen muß so glaubte man, daß bei einem so ungeheuren Vermögen, wo der Abzug vielleicht ein paar mal hunderttausend Rubel betragen haben würde, dieses Gesetz um so eher eine gerechte Anwendung finde. Doch die Großmütigkeit und Milde des jungen Monarchen übertrifft diesen Umstand. Es ist sogar wahr, daß auf seinen Befehl der Graf von der Wahlen der Madame Chevalier in einem sehr hübschen Briefe die Erlaubnis zur Rückreise erteilte und so zog sie denn hin, mit Schätzen beladen.

Ihr Mann war schon einige Wochen vorher vom Kaiser Paul mit dem Auftrage beehrt worden, neue Schauffreier aus Paris zu holen. Er empfing zum Besuch seiner Weile mehr als zwanzigtausend Rubel in barem Gelde und Wechselbriefe, die sich noch weit höher belaufen haben sollen. Ueberall auf dem Wege trug er seine Insolenz zur Schau und ließ auf jeder Station wissen die Postmeister noch jetzt davon zu erzählen. In den Zeitungen hieß es: „Der Herr Kollegienrat und Mailtresorier Chevalier sei hier oder dort verstorben.“ Ob er wirklich so dreist gewesen sei, sich diese Titel anzumessen, weiß ich nicht; aber ähnlich sieht es ihm. Auch fand man es nötig, dieser seiner Annahme höheren Grades in mehreren Zeitungen zu widersprechen.

(Fortsetzung folgt.)

Gerichtssaal.

Ein hannoverscher Graf vor dem Staatsgerichtshof. Heute wird sich der Graf Günther von der Schulenburg vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten haben.

Neues aus aller Welt.

Der Ältere Dom in Gstaad. Der Verwaltungsausschuss des Älteren Dom-Bauvereins teilt mit, daß die Instandsetzungsarbeiten am Älteren Dom wegen der Geldbeschaffungsschwierigkeiten eingestellt worden sind.

Antisemitische Krawalle in Budapest. Bei der Universitätsfeier kam es gestern zu Ausschreitungen, wobei mehrere jüdische Studenten geschlagen wurden.

Kunst und Wissenschaft.

Ein Stadttheater ohne Defizit. Wie sich aus seinem Bilanzabschluss ergibt, hat das hiesige Stadttheater (Intendant Fr. Stoll) während der ersten Monate der neuen Spielzeit ohne Fehlbetrag gearbeitet.

Nur drei Zeilen.

Die chinesische Studentenkommision, die, wie schon gemeldet, die industriellen Werke und Organisationen Berlins besichtigt hat, wird sich nach Hamburg und sodann nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet begeben.

Die französischen Blätter melden die voraussichtlichen Vertreter Frankreichs im Sachverständigenkomitee der Reparationskommission.

Der Stand der englischen Parteien ist bis jetzt folgender: 258 Konservative, 189 Arbeitpartei, 158 Liberale, 8 Unabhängige, 4 Wahlergebnisse fehlen noch.

Im Senat zu Washington brachte Borah seinen Antrag ein, wonach im Panamakanal für amerikanische Küstenfahrzeuge keine Gebühren mehr erhoben werden sollen.

Jordanoff erklärte, die Anerkennung Sowjetrußlands durch Italien sei als sicher zu betrachten; ebenso siehe ein Handelsvertrag bevor.

ichert ist. Der Beginn des Aufrufs des wertbeständigen Reichsgeldes ist für den 1. Januar 1924 in Aussicht genommen worden.

Indez-Mitgang 10,2 Prozent. Die Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Montag, den 10. Dezember auf das 1200milliardensache der Vorkriegszeit.

Die Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag 11. Dezember ermittelte Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes ergibt eine weitere Senkung ihres Goldstandes (1913 gleich 100) auf 127,4 und in Papiermark bei dem amtlichen Dollarkurs von 4,2 Millionen Mark auf das 1247,5milliardensache des Friedensstandes, sonach gegenüber dem Stande vom 4. Dezember (133,7 Gold bzw. 1397,5milliardensache) um 4,7 Prozent.

Rentenmark-Vorkaufsträge. Vom 12. Dezember an sind im inneren deutschen Verkehr neben Postaufträgen und Nachnahmeforderungen gegen Papiermark auch Postaufträge und Nachnahmeforderungen gegen Rentenmark zugelassen.

Wanzen. Protestversammlung von Handel und Gewerbe. Wie am vorigen Montag in Aue fand auch in Plauen eine starkbesuchte Versammlung des Ortsausschusses vom Groß- und Einzelhandel statt, die sich mit einer ganzen Reihe von wichtigen wirtschaftlichen Fragen beschäftigte.

Leipzig. Razzia nach Devisenschleibern. Am Mittwoch wurde am Bahnhof eine glänzend organisierte Razzia nach Devisenschleibern und wilden Händlern unternommen. Auf Lastkraftwagen plötzlich erscheinende Polizeibeamte sperrten den Platz vor dem Bahnhof ab und untersuchten die dunklen Ecktischen, die dort täglich ihre Handelsgeschäfte auf der Straße erledigen.

Unterbrochener Postverkehr nach Oesterreich. Wegen der durch den Zustand der Post- und Telegraphen-Angestellten in Oesterreich hervorgerufenen Betriebsunterbrechung werden vorläufig Telegramme nach Oesterreich und Pakete nach Oesterreich und darüber hinaus von den Postanstalten zur Beförderung nicht angenommen.

Oesterreich und darüber hinaus von den Postanstalten zur Beförderung nicht angenommen. Briefsendungen werden angenommen, doch ist ihre Weiterbeförderung zweifelhaft.

Beitragsentrichtungsverfahren in der Invalidenversicherung und werbeständige Krankenversicherung. Die Ortskrankenkasse Aue schreibt uns: Mit Rücksicht darauf, daß ab 8. Dezember das sächsische Arbeitsministerium den Krankenkassen das Einzugsverfahren abgenommen hat und an deren Stelle das Beitragsentrichtungsverfahren durch die Arbeitgeber getreten ist, hat die Landesversicherungsanstalt Sachsen den Krankenkassen ein Merkblatt für die Einrichtung der Beiträge zur Invalidenversicherung zugehen lassen.

Konzerte.

Besuch des sächsischen Quartetts in Hildersheim und Albernau. Am nächsten Sonntag wird das sächsische Quartett aus Leipzig, das auch in Aue schon erfolgreich aufgetreten ist, in Hildersheim um 6 Uhr und zwei Stunden zuvor in Albernau, einer Einladung des Hildersheimer Frauenvereins folgend, Weihnachtslieder zum Vortrag bringen.

Wanzen. Protestversammlung von Handel und Gewerbe. Wie am vorigen Montag in Aue fand auch in Plauen eine starkbesuchte Versammlung des Ortsausschusses vom Groß- und Einzelhandel statt, die sich mit einer ganzen Reihe von wichtigen wirtschaftlichen Fragen beschäftigte.

Wanzen. Der Klingenthaler Oberbürgermeister wieder verhaftet. Der in letzter Zeit öfters genannte Bürgermeister von Klingenthal, Dr. Zimmermann, der vor kurzem verhaftet, aber dann wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, wurde durch einen Oberleutnant der Reichswehr wiederum verhaftet.

Leipzig. Razzia nach Devisenschleibern. Am Mittwoch wurde am Bahnhof eine glänzend organisierte Razzia nach Devisenschleibern und wilden Händlern unternommen. Auf Lastkraftwagen plötzlich erscheinende Polizeibeamte sperrten den Platz vor dem Bahnhof ab und untersuchten die dunklen Ecktischen, die dort täglich ihre Handelsgeschäfte auf der Straße erledigen.

Taufen. Ertrunken. Drei Knaben im Alter von 8 bis 10 Jahren, die sich auf der morischgewordenen Eisdecke der Forsthe tummelten, brachen ein und wurden von den Fluten fortgeschwemmt. Zu Hilfe eilenden Personen gelang es, die Verunglückten zu bergen, doch waren zwei der Knaben bereits tot, während bei dem dritten die Wiederbelebungsbemühungen Erfolg hatten.

UNSERE NEUEN PREISE

BEKLEIDUNG WEBWAREN BEKLEIDUNG

- Damenbluse Flanell mit Bubikragen 285
Kostümrock farbiger Wollstoff 325
Kinder-Kleid Wollstoff mit Knopfgarnierung 425
Jumper Wolle gestrickt 500
Damenmantel uni Flauch, Raglanform 1200
Damenmantel englisch Flauch 1950
Herrenstoffhose aus haltbarem Strapazierstoff 685
Herren-Sporthose Breeches, aus oliv Cheviot 1350
Jünger-Ulster braun Winterstoff 2200
Herren-Anzug moderne Form, mittelfarbig 3400
Herren-Fahleder-Stiefel 575

- Linon beste südd. Ware, Deckbettr. 2,00, Kissenbr. 115
Stangenleinen erklässige Anstößerware Deckbettr. 2,65, Kissenbreite 185
Pa. Bettendamast Seidenglanz-Appretur Deckbettr. 3,25, Kissenbreite 285
Bettgarnitur bestickt, aus bestem Wäschestoff Deckbettr. und 2 Kissen 1450
Kostümstoff für Sport und Reise, ca. 140 cm breit 285
Flauschstoff vorzügl. Ware für Mäntel, 140 cm breit 475
Dam.-Batisttuch Hohlsaum, mit kleinen Fehlern 018
Batisttuch Hohlsaum, Ecke bestickt, Karton 3 Stück 100
Ueberhandtuch Nessel, vorgez., rot od. blau besetzt 165
Wandschoner Nessel, vorgez., rot od. blau besetzt 165
Kissen grau Klötzelleinen, vorgezeichnet 185
Damen-Hausschürze Blaudruck 200
Damen-Schürze Wienerform, gestreift mit Paspel 200

- Oberhemd moderne Streifen mit 2 Kragen 575
Herr.-Normalhemd wollgemischt, Doppelbrust 375
Herren-Futterhosen gute Qualität 475
Herren-Sportmützen verschiedene Muster 135
Herrenhandschuh Wildlederersatz, Druckkn. 115
Damenhemd Hemdentuch mit Stickerei 245
Garnitur Hemd und Beinkleid für Damen 775
Damenstrumpf Seidengriff, schwarz und farbig 125
Damenhandschuh farbig Trikot, 2 Druckkn. 095
Herren-Rindbox-Stiefel schwarz 1450

GESCHENK-ARTIKEL

- Rasierapparat Messing vernickelt, Nickelstiel 095
Hosenträger prima Gummi, mit Lederpatten 095
Schulranzen Leder, für Knaben und Mädchen 900
Damen-Handtasche Leder, braun Krokodil 850
Seifen-Geschenkpäckchen Inhalt 6 Stück 225
Kernseife pa. ca. 0.25 Baumkerzen weiß o. bunt, 250 gr 0.45

- Masch.-Garn 0.21 Strickwolle 0.85
200 Meter-Rolle rein Kamme, 1/8 Pfd.

Im 2. Obergeschoß: Spielwaren, Galanteriewaren, Glaswaren, Porzellanwaren, Holzwaren, Korbwaren, Bürstenwaren, Haus- und Wirtschaftsgegenstände in großer Auswahl.

GESCHENK-ARTIKEL

- Sport-Schal Flauch, moderne Farben 225
Knaben-Rodelmütze gestrickt Flauch 085
Bettuch grau 375
Fellvorlage Kanin, gefüttert 650
Waffelgedeck 3teil., Tisch, Kommode, Nähtisch 1100
Linoleum-Teppich moderne Muster, 150x200 1400

- Schokolade 0.48 Weizenmehl 5 Pfd. 0.95
Schmelz, 100 gr. Pa. bestickte Karte

Kaufhaus Schocken / Aue.

Zu dem Widerlegungsversuch der Sächsischen Staatszeitung

zu den Mitteltungen des Hauses, der sich auf der Höhe der Hausfischen Verfügungen bewegt, erhalten die „Sächsischen Nachrichten“ aus sächsischen parlamentarischen Kreisen folgende Zuschrift:

Die neueren Beschuldigungen gegen Regierungsrat Hausfische und Dr. Zeigner werden von der „Sächsischen Staatszeitung“ zu widerlegen versucht, die sachlich ihre volle Befähigung bedeuten. Die „Sächsischen“ tut sehr eingehend, indem sie einen Unterschied zwischen „Wollzugsgewalt“ und „Ezekutivgewalt“ macht. Ein solcher Unterschied besteht nicht. „Ezekutivgewalt“ ist nur das Fremdwort für „Wollzugsgewalt“.

Es schreibt weiter, die Ausstellung des Waffenscheines an Dr. Zeigner sei sachlich berechtigt gewesen, weil er diese Drohbriese bekommen habe und auch belästigt worden sei. Wenn man auf diesem Standpunkt steht, müßten vor allem den Industriellen Unternehmern und den Gutsbesitzern, die in den vergangenen Monaten nicht nur brieflich oft bedroht, sondern auch tätlich in gemeiner Weise vergewaltigt und durch Bestrafungen und Diebstähle geschädigt worden sind, Waffenscheine ausgestellt werden. Aber wie sonderbar, daß der Waffenschein nicht im geordneten Dienstweg gefordert und ausgestellt wurde, sondern heimlich und auf falschem Namen!

Geradezu lächerlich wirkt der Hinweis auf die Inflation mit einem früheren Fürsten. Zunächst stellen wir fest: Noch niemals hat ein früherer sächsischer Minister oder hoher Beamter sich einen Ausweis auf einen falschen Namen ausstellen lassen, noch niemals ist ein Fürst im Inland unter falschen Ausweisen gereist. Im Ausland bedienten sich die Fürsten auch keines falschen Namens, sondern eines der falschen Titel, die ihnen zustanden, z. B. der König von Sachsen als „Graf v. Plauen“. Das Ingnitorenrecht der Fürsten war auch völkerechtlich geregelt. Falsche Papiere wurden auch ihnen nicht ausgestellt. Welchen Grund hatte aber Dr. Zeigner, hier einen falschen Namen anzugeben? Darüber schweigt sich die „Sächsischen“ aus.

Allgemein bekannt ist auch, daß kein Untergeordneter einen Auftrag seines Vorgesetzten ausführen darf, der eine Gesetzesverletzung oder gar eine strafbare Handlung enthält. Es liegt sowohl auf Seiten Dr. Zeigners wie Hausfisches eine Gesetzesverletzung oder gar eine strafbare Handlung vor, entweder nach Paragraph 271 oder nach Paragraph 303 StGB., unter allen Umständen aber eine im Disziplinarweg zu ahnende schwere Dienstverletzung.

Aus den vielen enthüllten Tatsachen kann man aber schließen, daß es, nachdem die alten, gewissenhaften, im Dienst erprobten Staatsdiener von den einflussreichen Stellen entfernt waren, in wichtigen Stellen der sächsischen Staats-

verwaltung, vor allem auf dem Gebiet der Polizei, gelinde gesagt, recht sonderbar hergegangen ist. Dahin führt die einseitige Parteipartei und Parteipolitik!

Nach Paragraph 4 des sächsischen Gesetzes vom 7. März 1886 können Staatsdiener innerhalb der ersten zwei Jahre nach der Anstellung unter Gewährung eines halben Jahresgehalts fristlos entlassen werden. Unter den ausgedehnten allgemeinen Verhältnissen wäre es am Platz, wenn der Militärbefehlshaber als Inhaber der vollen Gewalt von diesem Rechte gegenüber den neuen, nur aus parteipolitischen Gründen angestellten Beamten bei festgestellter Unzuverlässigkeit Gebrauch macht und an deren Stelle Beamte von bewährter Staatsbestimmung und Pflichttreue ernannt. Auch sollte er die Ernennung aller Beamten von Gruppe 10 an aufwärts von seiner Genehmigung abhängig machen — oder, wenn erforderlich, selbst ernennen. Er kann alles tun, was die Regierung vermag, und an deren Stelle handeln.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Finanzlage des Reichs.

Die Berliner Blätter beschäftigen sich heute in längerem Maß mit der katastrophalen Finanzlage des Reiches und betonen, daß wir tatsächlich mit unseren Mitteln am Ende sind. Die bereits ergangene Notverordnung über die Vorauszahlung der erst im Januar fälligen Räte der Rhein- und Ruhrabgabe neben den Vorauszahlungen aus Einkommen- und Umsatzsteuer und die beiden angefündigten Notverordnungen, bei denen mit einem Eingriff in die Substanz des Volksermögens zu rechnen sei, sollen dem Reich über die nächsten schlimmsten Schwierigkeiten hinweghelfen.

Un eine wirkliche Ordnung der Reichsfinanzen sei jedoch ohne Hilfe des Auslandes nicht zu denken. Es sei ein Schritt der deutschen Regierung in der Frage einer Auslandsanleihe geplant, und zwar soll es sich um einen selektiven Appell an die am Verfall der Vertrag beteiligten und an die neutralen Mächte handeln, worin die trostlose finanzielle Lage des Reiches dargelegt wird. Endgültige Beschlüsse der Reichsregierung über die Form dieses Schrittes liegen noch nicht vor. Die neue Regierung werde alles daran setzen, die Reparationsfrage einer endgültigen Lösung zuzuführen und mit den Regierungen der Entente an den Verhandlungstisch zu kommen, an dem Deutschland als gleichberechtigte Macht seinen Platz finden soll.

Reichswährungskommissar Dr. Schaft über den Stand unserer Währung.

Berlin, 12. Dezember. Reichswährungskommissar Dr. Schaft machte Mitteilungen über den Stand unserer

Währung. Durch die Stabilisierung sei in der Wirtschaft eine Beruhigung eingetreten. Das stabile Verhältnis zwischen Papiermark, Rentenmark und Goldanleihe habe zum Verkauf von Waren, Devisen und Effekten aus inländischen Händen geführt. Eine Besserung unserer Produktionslage sei jedoch nicht eingetreten, sie könne auch nicht eintreten, wenn nicht der deutschen Produktion Betriebskapitalien in größerem Umfang zugeführt würden. Aus diesem Grunde sei die Beschaffung neuer Mittel durch eine Goldanleihe die entscheidende Frage der nächsten Wochen. Die Aussichten hierfür seien nicht ganz ungünstig.

Die Beratung der rheinisch-westfälischen Goldnotendank.

A den, 12. Dezember. Heute nachmittag wurden die Verhandlungen über Gründung einer rheinisch-westfälischen Goldnotendank zwischen der deutschen Bankiergruppe und Vertretern der französisch-belgischen und der neutralen Gruppe fortgesetzt und abgeschlossen. Ueber alle Punkte wurde Einigung erzielt. Die Statuten wurden festgelegt, sie werden der Reichsregierung und der Rheinlandskommission vorgelegt werden.

Berliner Devisenkurse.

12. Dezember 1923	(Amst. Notierungen in Millionen)	
	Geld	Brief
Newyork	4189500	4210500
London	18354000	18448000
Paris	225435	226565
Amsterdam	1599000	1604000
Schweden	732165	735535
Italien	183540	184460
Stockholm	1103235	1108765
Christiana	628425	631575
Kopenhagen	746130	749670
Wien	59.90	60.10
Prag	123860	124310

Goldmark (12. Dez.): Mittelfurs 1 Billion.

Die amtliche Notierung des Dollars betrug heute in Berlin 4 Billionen 200 Milliarden.

Einzahlung von Notgeld.

Die von dem unterzeichneten Bezirksverband ausgegebenen Notgeldscheine über 10, 20, 50 und 100 Milliarden Mark werden hiermit aufgerufen und in der Zeit vom 15. Dezember 1923 bis 15. Januar 1924 bei der Kasse des Bezirksverbandes eingelöst. Nach dem 15. Januar 1924 vorgelegte Notgeldscheine werden nicht mehr eingelöst.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg am 10. Dezember 1923.
Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Seibmann.
Druck u. Verl.: Auer-Druck- u. Verlagsanstalt, m. b. H. Auer

Ein billiges Weihnachts-Wäsche-Angebot!

- | | | | | | | | |
|---|-----|--|-----|---|------|--|-----|
| Arbeiterhemden, gestreift, la. Körperbarchent, extra groß | 330 | Damenbarchenthemden, la Ware, mit Languetto, 105 cm lang | 440 | Damenhemden mit Stickerei, schöne Ausführung | 275 | Hemdennessel, starke Ware, 78 cm, 16/16-20/20 | 090 |
| Kinderhemden, gestreift Barchent, alle Größen, 50 cm | 145 | Herrenbarchenthemden, weiß, extra weilt, la Körper | 440 | Herrentaschentücher, volle Größe, bunt | 030 | Handtuchkörper, 48 cm, weiß mit roter Kante | 120 |
| Herrenfattershosen, „grau“, extra schwere Ware | 575 | Untertalilien mit hübschen Stickereien | 150 | Tafelgedecke mit 6 Servietten, weiß und bunt, la Damast | 1190 | Küchenhandtuch, grau, „rein Leinen“, gesäumt und gebündert | 135 |
| Normalhosen, wollgemischt, mit Ueberschlag | 515 | Damenbeinkleid, geschlossen, mit breiter Stickerei | 295 | 1 Garnitur Bettwäsche, 1 Bezug, 2 Kissen, la Seidendamast | 1725 | Damenstrümpfe, schwarz Seidenfloss, Doppelsohle, Hochferse | 165 |

Clubjacken 10⁹⁰
für Herren, Burschen u. Knaben, moderne Farben 15.50 —

- | | | | | | |
|-------------|--------------|--------------------|------------|-------------|------------------|
| Hemdentuche | Strickjacken | Schal und Mütze | Schürzen | Hosenträger | Einsatzhemden |
| Inlett | Jumper | Damenwesten | Handschuhe | Armhalter | Normalhemden |
| Linon | Strandjacken | Herrenstrickwesten | Strümpfe | Cravatten | Haarschmuck |
| Bettücher | Schwitzer | Kinderkleidchen | Gamaschen | Vorhemden | Strickwolle usw. |

Meinzer's Etagengeschäft

nur Ernst Papst-Str. 31!

Apollo-Bühnenspiele

Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnhofstr. 17. — Fernr. 768.

Spielplan für Donnerstag bis Sonntag, d. 13.—16. Dez.

„Die Macht der Versuchung“
Modernes Filmschauspiel in 5 Akten. (Bilder aus der Lebewelt.) Vornehm künstlerische Ausstattung.

„Der Mitternachtsreiter.“
Sensationsschauspiel a. d. Westen Amerikas i. 5 Akten.

Sonntag nachmittag von 1/23 bis 5 Uhr
Märchen-Vorführung für Kinder und Familien.

„Der Rattenfänger von Hameln.“
Die alte Sage in 5 Akten und:

„Dornröschen.“ Märchen in 4 Akten.
Eintrittspreis für Kinder 15 Goldpfennig.

Wochentags Anfang 6 Uhr. Sonntags ab 5 Uhr für Erwachsene. Letzte Vorstellung gegen 9/9 Uhr.

Wettiner Hof, Aue

Freitag, Sonnabend, Sonntag
Die lustigen Vogtländer aus Plauen.
Eintritt frei! Eintritt frei!

Suche Hersteller von
Silberbrautkränzen

In Wipalta oder Weßling verfertigt. Off. mit Abbild. an
John Franken, Damburg 98,
Weißerstraße 2.

Holz-Raffetten

6- und 8seitig, oval usw. gef. Muster franco geg. franco.
H. Schüle & Co.
Kunstgewerbli. Werkstätten
München, Volkartstr. 4.

Gesucht für das Konstruktionsbureau einer in Norddeutschland geleg. Maschinenfabrik (Spezialität Blechbearbeitungsmaschinen) lediger Techniker. Angebote unter
U. T. 8908 an d. Auer-Tagbl.

Weiche Herrenwäsche

Sporttragen, Sportserkollens, Arbeiter-vochhemden, Schillertragen usw. in Rip, Vorkal und Uni

Juche laufend zu kaufen.
Bemerkte Angebote sowie nur die allerzuersten Preise haben Swed.

Erich Böttcher, Chemnitz,
Dorotheenstraße 17.

Wir suchen für Aue und Umgebung einen in der Kaffee-, Schokoladen- und Zuckerwarenbranche tündigen

Vertreter

für die Detail- und Großhandlung. Einras Lagerraum erwünscht. Bestl. Angebote unter U. T. 8991 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Fräulein

für Stenographie und Schreibmaschine,
Kost arbeitend, zum Eintritt am 1. Januar 1924 für dauernde Stellung gesucht.
Bewerbungen unter U. T. 8908 an das Auer-Tagblatt erb.

Klavierstimmer.

Fügel- und Pianostimmen,
sowie Reparaturen an diesen Instrumenten führt fachgemäß aus
H. Gottbehüt, Auer Musikhaus, Aue,
Bismarckstr. 612. Wettinerstr. 10



Hokus-pokus Erdal gibt die Kraft,
Schon glänzen die Schuhe zauberhaft.

Erdal

Werner & Mertz A.G. Mainz.